

23. Juni 2026

Akzeptanz in der Energiewende muss verdient werden

energy.berrycomm.de – Neues Beratungsangebot für Kommunen, Energieversorger und Verbände bei konfliktreichen Klima- und Energiethemen

23. Juni 2026 | Deutschland hat das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden. Die Kommunale Wärmeplanung (KWP) ist dafür ein von der Politik gesetztes, strategisches Planungsinstrument: Sie verpflichtet bundesweit nahezu 11.000 Kommunen, mögliche Wege zur klimaneutralen Wärmeversorgung mit erneuerbaren Energien vorzuzeichnen. Hochinvestive Maßnahmen wie etwa Fernwärme, Großwärmepumpen, Photovoltaikanlagen sowie nicht selten auch unbeliebte Vorhaben zu Windparks spielen dabei in vielen Plänen eine Schlüsselrolle. Im Wettbewerb oder in der Kombination mit dezentralen Heizungslösungen können sie in der Bürgerschaft Fragen und heftige Kritik aufwerfen.

Neues Beratungsnetzwerk energy.berrycomm.de

Genau dort nämlich, wo später Planung in Umsetzung übergeht, entstehen die eigentlichen Konflikte. „Es geht darum, die Bürger optimal zu informieren, um Vertrauen und Akzeptanz für die Transformationsmaßnahmen zu erzeugen“, ist Jürgen Bähr, Kommunikationsberater im neu gegründeten Beratungsnetzwerk energy.berrycomm.de, überzeugt. Er beobachtet den Fortgang der KWP seit ihren Anfängen in Baden-Württemberg. Mit der spezialisierten Plattform werden Kommunen, Energieversorger, Verbände und Akteure vor Ort je nach Bedarf unterstützt, die Klima- und Wärmeziele strategisch und kommunikativ zu begleiten – bevor Blockaden die Umsetzung verhindern.

KWP und Fernwärme: Viel Potenzial, schwieriges Umfeld

Bis Ende Juni 2026 haben die Großstädte mit über 100.000 Einwohnern Zeit, ihre Kommunalen Wärmepläne vorzulegen, offenbar stehen laut dena-Ableger Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW) in Halle a. d. Saale nur noch wenige kurz davor. Für kleinere Kommunen läuft die Abgabefrist bis Juni 2028. Die anspruchsvollen Transformationsprojekte stoßen aktuell auf ein schwieriges gesellschaftspolitisches Umfeld – und werden von einer Vielzahl unterschiedlicher Handlungs- und Konfliktfelder begleitet. „Gute Kommunikation ist dabei zielorientierte Führungsarbeit“, betont Jürgen Bähr.

Verunsicherungsfaktor GModG

Konkret betrachtet ist Fernwärme in den KWP-Berichten eine der meistgenannten Maßnahmen – als skalierbare, zentrale Lösung für dicht besiedelte Stadtgebiete. Zugleich ist das politische Umfeld für Wärmenetze rauer geworden: Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz (GModG) wird von Stadtwerken, Fernwärmebetreibern und kommunalen Verbänden wie VKU, BDEW und Städtetag kritisch begleitet. Kern der Kritik: Eine schrittweise Bioenergetreppe für Gas- und Ölheizungen könnte den Anreiz zum Anschluss ans Fernwärmenetz schwächen – und damit Investitionsentscheidungen verzögern, die Kommunen für ihre KWP dringend brauchen. Aber allein schon die langwierige Diskussion um das GModG und die daraus abzuleitenden Rahmenbedingungen bringt Unruhe in den Transformationsprozess; Bürger und Akteure vor Ort sind verunsichert, notwendige Investitionen werden aufs Wartegleis gestellt.

Wärmeplan nur bedingt für Investitionsaussagen geeignet

„In diesem dynamischen Umfeld gilt es, situationsspezifisch und präzise zu kommunizieren – mit jeder unklaren Aussage kann man Öl ins Feuer gießen“, warnt Jürgen Bähr. Die rechtlich unverbindliche KWP sei als strategisches Planungsinstrument nur bedingt dafür geeignet, verbindliche Investitionsaussagen für die Zukunft zu treffen – bis zur Umsetzung könne noch viel geschehen. Vielmehr gelte es genau abzuwägen, was zum jeweiligen Zeitpunkt gesagt werden kann und sollte, zumal das Wärmeplanungsgesetz (WPG) ein Recht der Bürger auf Information vorgibt.

Akzeptanz muss verdient werden

Die vorgelegten Planungen sind das eine, gesellschaftliche Akzeptanz darüber hinaus das andere. Sie entsteht nicht automatisch – Kommunen und Unternehmen müssen sie sich, so Jürgen Bähr, auch für die eigene Reputation aktiv erarbeiten und verdienen. „Im Grunde wollen alle dasselbe: bis 2045 klimaneutral werden, und die KWP liefert dafür die Ideen und Pläne. Die eigentlichen Konflikte entstehen aber selten im Planungsverfahren selbst, sondern später – mit der Umsetzung. Sobald erste konkrete Maßnahmen durchsickern und klar wird, was tatsächlich auf die Menschen vor Ort zukommt, kippt die Stimmung schnell von abstrakter Zustimmung zu sehr konkreter Sorge.“

Transformation verändert oft gewohntes Lebensumfeld

Die Ursache dafür liegt in der Natur der Transformation: Windparks, Großwärmepumpen, Photovoltaikanlagen, neue Fernwärmeleitungen – sie alle brauchen Platz, beanspruchen Kapital und Baukapazitäten und verändern das gewohnte Lebensumfeld und teilweise das heimatisch geprägte Landschaftsbild spürbar. Hinzu kommen nicht ganz einfache private Investitionsentscheidungen bei der Gebäudesanierung. Das betrifft den Alltag vieler Menschen direkt.

Die Sensibilisierung der Bürger mit entsprechenden Reaktionen hat seit dem „Heizungsgesetz“ 2024 nicht zuletzt auch wegen der prägenden medialen Begleitung zugenommen. Jetzt, im Umfeld des neuen GModG drohen zusätzlich zu den kritischen Transformations-Themen vor Ort ähnliche Kommunikationsmuster: Unsicherheit, Kritik, Blockaden – und das aus vielen Richtungen gleichzeitig.

Risiko: gut gemeinte Kommunikation zur falschen Zeit

Ein häufiges Missverständnis in der Praxis ist, dass gut gemeinte Information allein automatisch hilfreich wäre. Jürgen Bähr sieht das differenzierter: „Das Paradoxe daran: Gut gemeinte Kommunikation kann das Gegenteil bewirken. Wer zu früh oder unvollständig Dinge als gesetzt darstellt, die aus der KWP oder aus Machbarkeitsstudien heraus noch gar nicht final geklärt sind, riskiert Probleme, etwa dass andere gesellschaftliche Gruppen – wie die regionale Wirtschaft – sich von negativen Auswirkungen betroffen sehen. Die Folge können nachhaltige Blockaden und Markteinbrüche sein, die sich kaum mehr auflösen lassen.“

Andererseits stoßen konkrete und stimmige Informationen möglicherweise auch Investitionen an. Deshalb ist Kommunikation keine nachgelagerte Begleitmaßnahme, sondern ein strategisches Steuerungsinstrument – mit klarem Zeitplan, Zielgruppenverständnis und Eskalationsszenarien.

Analyse vor Strategie, Strategie vor Kommunikationskanal

Im energy.berrycomm.de Beratungsnetzwerk beginnt jedes Projekt mit einer Analyse: Wer sind die relevanten Stakeholder? Welche Interessen, Sorgen und Informationsbedarfe haben sie? Welche Dynamiken sind bereits aktiv? Erst darauf aufbauend werden strategische und taktische Kommunikationswege und Maßnahmen entwickelt – maßgeschneidert auf die jeweilige Situation vor Ort, nicht nach Standardmodell.

Ziele: Konsens, Handlungsfähigkeit, Akzeptanz

Das Ziel ist dabei immer dasselbe: „Einen tragfähigen Konsens mit den betroffenen Gruppen zu finden, Vertrauen und Akzeptanz in der Bürgerschaft zu erzeugen und die Kommune handlungsfähig zu machen – damit sie ihre eigenen klimapolitischen Ziele tatsächlich umsetzen kann, statt in Verfahren und Widerständen steckenzubleiben“, erklärt Jürgen Bähr.

Auf energy.berrycomm.de sind der gesamte Beratungsansatz, Leistungen und Referenzen dokumentiert. Die Plattform richtet sich an Kommunen und Stadtwerke in der KWP- und Umsetzungsphase, an Fernwärmebetreiber und Energieversorger sowie an Verbände und Branchenorganisationen der Wärmewirtschaft.

Über energy.berrycomm.de

energy.berrycomm.de ist ein auf Energie-, Wärme- und Klimakommunikation spezialisiertes Beratungsnetzwerk. Jürgen Bähr berät seit über 25 Jahren Verbände, Kommunen und Unternehmen u. a. der Energiewirtschaft sowie des Wärmemarktes in strategischer Kommunikations-, Unternehmens-, Verbands- und Konfliktkommunikation. Weitere Informationen: energy.berrycomm.de | www.berrycomm.de

Pressekontakt

Jürgen Bähr | BERRYCOMM Kommunikationsberatung
energy@berrycomm.de | T 02247 9001 811 | M 0171 142 00 60
energy.berrycomm.de | www.berrycomm.de